

«Zeiten des Sonderfalls sind vorbei»

Thomas Straubhaar ist in Deutschland zu den bekanntesten Wirtschaftsprofessoren avanciert. Das Ausland sei weniger denn je bereit, der Schweiz einen Sonderstatus einzuräumen, sagt der Berner Oberländer



NZZ am Sonntag: Sie wohnen seit 20 Jahren in Hamburg. Ist Deutschland für Sie zur Heimat geworden?

Thomas Straubhaar: Meine Heimat bleibt die Schweiz, aber in Hamburg bin ich zu Hause. Hier ist mein Lebensmittelpunkt, hier leben unsere Kinder. Meine Wunschvorstellung ist es, später im Ruhestand einmal den Winter in der Schweiz zu verbringen und den Sommer in Hamburg.

Was vermissen Sie in Deutschland?

Den Pragmatismus. Schweizer sind weniger ideologisch als Deutsche, nüchterner, weniger emotional.

Gilt das auch für Ihr Fach?

Ja. Deutsche Ökonomen sind oft sehr ideologisch. Sie denken stärker in Schulen als ihre Kollegen in anderen Ländern. Man wird abgestempelt als rechts oder links, neoliberal oder keynesianisch, angebots- oder nachfrageorientiert. Das entspricht weder der schweizerischen noch der amerikanischen Sicht, noch dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Debatte, die einen pluralistischen, interdisziplinären Ansatz verlangt.

Es gibt Schweizer Ökonomen, die Sie mittlerweile als «verlorenen Sohn» bezeichnen, weil Sie Vorschläge machen, die Sie früher wohl selbst abgelehnt hätten. Zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Diesen Vorschlag habe ich für Deutschland gemacht. In der Schweiz, wo das Individualprinzip viel stärker ausgeprägt ist, halte ich ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht für notwendig. Im Übrigen lasse ich mich von Schweizer Liberalen gerne «verlorener Sohn» nennen. In den letzten fünf Jahren wurden Denkweisen, denen auch ich anhing, empirisch widerlegt. Und ich finde es intellektuell unredlich, an alten Theorien festzuhalten, wenn sie sich in der Realität als falsch erweisen.

Können Sie Beispiele nennen?

Dass der Monetarismus falsifiziert ist, ist für mich unstrittig. Wir haben eine enorme Ausweitung der Geldmenge und erleben trotzdem keine Inflation. Und die Theorie, dass Finanzmärkte effizient sind, stimmt offensichtlich auch nicht.

Auf dieser Annahme fusst bis heute die gesamte Ökonomie. Ärgert Sie das nicht?

Es ist intellektuell geradezu erbärmlich, Studierenden veraltete Konzepte weiterzugeben. Zu einem liberalen Selbstverständnis gehört es, sich neuen empirischen Erkenntnissen nicht zu widersetzen. Ptolemäus oder Kopernikus gehören zu den klügsten Köpfen, die es jemals gab. Ihre Erkenntnisse waren sensationell. Und trotzdem taugen sie heute nicht mehr dazu, den Kosmos zu erklären.

Droht sich die Ökonomie unerheblich zu machen, wenn das Umdenken zu langsam vorankommt?

Natürlich. Ich kann jeden verstehen, der sagt, eure Ratschläge taugen nichts.

Was folgt daraus?

Wir müssen die Ökonomie wieder stärker als Geistes- und Sozialwissenschaft verstehen. Es war ein Fehler, dass wir dachten, durch eine Mathematisierung allgemeingültige Gesetze formulieren zu können. Der Homo oeconomicus, also die Annahme eines rational entscheidenden Menschen, ist nach wie vor ein gutes Hilfsmittel, um Verhalten und Marktmechanismen zu erklären. Aber zuerst müssen wir klären, was wir mit «Rationalität» überhaupt meinen. Bewertungen sind von Mensch zu Mensch und von Zeitpunkt zu Zeitpunkt unterschiedlich.

Also gilt es, stärker mit anderen Wissenschaften zusammenzuarbeiten?

Genau. Wir müssen zusammen mit Verhaltens-, Geistes- und Sozialwissenschaftlern hinterfragen, wie Rationalität zustande kommt. Das ist die Weiterentwicklung der Ökonomie.

«Deutsche Ökonomen sind oft sehr ideologisch»: Thomas Straubhaar über seine Fachkollegen. (11. Dezember 2012)

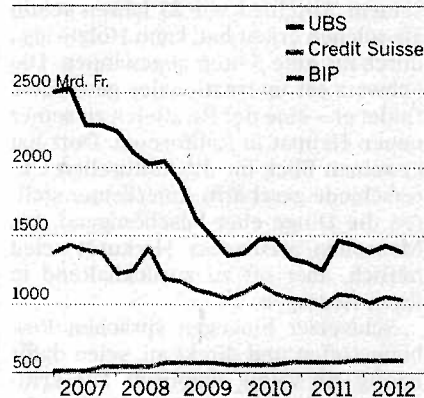
«Finanzmärkte sind ein Störfaktor der realen Ökonomie geworden. Das können wir Tag für Tag beobachten.»

Und da sind Schweizer Ökonomen weiter als ihre deutschen Kollegen?

Die Uni Zürich ist im Bereich «Behavioural Economics» stark. Ernst Fehr hätte ebenso wie Bruno Frey schon lange den Nobelpreis verdient! Meine akademischen Lehrer in Basel, Silvio Borner und René Frey, haben immer schon einen institutionellen politökonomischen Ansatz verfolgt. Es gibt viele hervorragende Leute in der Schweiz.

Ein Klumpenrisiko

Bilanzen von UBS und CS im Vergleich zum Schweizer Bruttoinlandprodukt



Quelle: Seco, Geschäftsberichte

Wo hat der Glaube an effiziente Märkte konkret geschadet?

Im Finanzwesen haben wir damit die Geister gerufen, die uns heute nicht schlafen lassen. Wären Finanzmärkte im Sinne der realen Wirtschaft effizient, würden sie dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu verringern oder den Wohlstand zu erhöhen. Das Gegenteil ist der Fall. Finanzmärkte sind ein Störfaktor der realen Ökonomie geworden. Das heutige System führt zu mehr Volatilität und höheren Transaktionskosten. Das können wir Tag für Tag beobachten.

Müssen Finanzmärkte stärker reguliert werden?

Sie sind bereits extrem reguliert. Aber die Regeln sind nicht angemessen. Man ist davon ausgegangen, dass Finanzmärkte per se effizient sind und dass lediglich Marktversagen ausgemerzt werden muss. Dabei ist es genau umgekehrt. Fehlentwicklungen sind der Dauerzustand, weil die Akteure Eigeninteressen vertreten und nicht das Interesse der Allgemeinheit. Man muss ihnen viel stärker auf die Finger schauen.

Was heisst das für die Grossbanken?

Die Deregulierung der letzten zwanzig Jahre hat zu einer Aufblähung der Bilanzsummen der Banken geführt. Es gilt, alles daranzusetzen, das «Too big to fail»-Paradoxon zu beheben. Es kann nicht sein, dass es Akteure gibt, die für ihre Aktivitäten nicht eigenverantwortlich haften, weil sie zu gross zum Scheitern sind. Das ist eine Perversion des Systems.

Sollten UBS und Credit Suisse wirklich

Thomas Straubhaar

Der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), 1957 in Unterseen bei Interlaken im Berner Oberland geboren, zählt seit Jahren zu den profiliertesten Ökonomen in Deutschland. Nach Studium, Promotio und Habilitation an der Universität Bern lehrte Straubhaar in Konstanz, Basel und Freiburg i. B., bevor er 1992 nach Hamburg berufen wurde. Er gilt als progressiver Wissenschaftler, der empirische Erkenntnisse ernst nimmt. (smb.)

so stark schrumpfen, dass sie nicht mehr systemrelevant sind?

Die beiden Grossbanken stellen nach wie vor ein Klumpenrisiko dar. Die Schweiz ist in einer Weise vom Finanzplatz abhängig, die für ein hochentwickeltes Land weltweit einmalig ist, und zwar in Bezug auf Beschäftigung, Steuereinnahmen und die Entwicklung des Lebensstandards. Das zu wissen, gibt den Akteuren des Finanzsektors zu viel Macht. Und zu jetzt haben sie diese Macht offensichtlich nicht im Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt, sondern für ihre eigenen Interessen.

Basel III und «Swiss Finish» bringen bereits Veränderungen. Die Bilanzsummen der Grossbanken werden kleiner.

Die Stossrichtung stimmt. Es gilt, den Hebel, mit dem das Bankgeschäft betrieben werden kann, zu verringern. Aber es reicht noch nicht, das Problem der Systemrelevanz zu beheben. Da wird noch mehr kommen müssen.

Sie haben 1990 als Co-Autor des Buches «Schweiz AG - Vom Sonder- zum Sanierungsfall?» energisch Reformen in der Schweiz angemahnt. Warum?

Damals drohten eine Verkrustung und eine Strategie der Isolation. Ich denke, dass wir mit unserem Buch mit dazu beigetragen haben, dass die Schweiz in den Neunzigern einen Globalisierungskurs eingeschlagen hat. Heute gibt es kaum ein Land, dessen Arbeits-, Güter- und Finanzmarkt so global aufgestellt ist. Das ist gut für die Schweiz. Wir haben einen hohen Wohlstand und eine tiefe Arbeitslosenrate.

Also würden Sie heute nicht mehr von einem Sanierungsfall sprechen?

Wir sind kein Sanierungsfall mehr. Vieles hat sich zum Guten verändert. Das Fragezeichen würde ich heute vielmehr hinter den «Sonderfall» setzen. Das Ausland ist weniger denn je bereit, die Schweiz als Sonderfall zu akzeptieren. Bei allen Themen, die den Finanzplatz betreffen, von der Regulierung bis zu Steuerfragen, wird sich die Schweiz internationalen Trends nicht mehr widersetzen können. Diese Zeiten sind vorbei.

Halten Sie es trotzdem für richtig, bilaterale Abkommen zu treffen, zum Beispiel mit der Abgeltungssteuer?

Das ist nicht mehr als ein Zucken. Abkommen mit Österreich oder England können sinnvoll sein, den Übergang erträglicher zu gestalten. Aber letztlich wird die Schweiz europäische Standards übernehmen müssen.

Sie kennen viele deutsche Politiker persönlich. Ist das Schweiz-Bild von Exponenten wie Peer Steinbrück wirklich so negativ, wie es öffentlich scheint?

Faktoren wie Neid spielen heute eine grössere Rolle als vor der Krise. Aber das Schweiz-Bild ist unverändert positiv. Man bewundert, was das Land als Willensnation geschafft hat. Steinbrück wollte mit seinem Indianer- und-Kavallerie-Spruch witzig sein. Er hat anfangs nicht verstanden, wie provokativ so etwas in der Schweiz herüberkommt. Dann ist die Wirkung durch die Reaktion der Schweiz erst so richtig aufgebauscht worden. Teilweise ist die Stimmung also selbstverschuldet.

Wie hätte die richtige Reaktion ausgesehen?

Souveräner. Man hätte eine selbstironische, schweiztypische Antwort formulieren müssen. Dann wäre der Disput weniger heftig ausgefallen. Heute ist die Schweiz für deutsche Sozialdemokraten und manche Grüne zu einem dankbaren Opfer geworden. Das habe ich in dieser Form in meinen 20 Jahren in Deutschland noch nicht erlebt.

Wird das so weitergehen?

Steinbrück ist kein Feind der Schweiz, im Gegenteil. Aber er wird seine Parteifreunde nicht zurückpfeifen. Die Schweiz und Steuerflucht werden Wahlkampfthemen sein.

Wie geht man damit um?

Man sollte sich nicht angegriffen fühlen, sondern verstehen, dass jemand ein Thema aus Wahlkampfgründen nach vorne schiebt, das im eigentlichen Sinne wenig mit der Schweiz zu tun hat. Die Welle wird man nicht aufhalten können.

Ärgern Sie die antideutschen Gegenreaktionen in der Schweiz?

Ja. Sie sind eindeutig zu kurz gesprungen. Mit dem typisch schweizerischen Pragmatismus ist man am besten aufgestellt. Die Schweiz hängt im Konjunkturzyklus fast 1:1 von Deutschland ab. Die beiden Volkswirtschaften sind in einer Weise miteinander verflochten, deren sich der durchschnittliche Schweizer gar nicht bewusst ist. Auf Konfrontation zu gehen, wäre zum Scheitern verurteilt.